

Klaus Klemm

"Sozial benachteiligte Schüler dürfen nicht weiter abgehängt werden"

Kinder in sozial benachteiligten Familien zählen laut Bildungsforscher Klaus Klemm zu den größten Verlierern der Corona-Krise. Er fordert, die Schulen für sie zu öffnen.

Interview: **Martin Spiewak**

21. April 2020, 12:01 Uhr / [340 Kommentare](#)



Abiturienten an einem Gymnasium in Dresden © Robert Michael/dpa

Klaus Klemm ist einer der renommiertesten Bildungsforscher in Deutschland. Bis 2007 lehrte er an der Universität Essen. Er meldet sich immer wieder mit wichtigen Studien zu Wort, unter anderem zum Lehrermangel [<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/steigende-schuelerzahlen-im-primarbereich-lehrkraeftemangel-deutlich-staerker-als-von-der-kmk-erwartet>]. Zusammen mit 41 namhaften Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten hat er sich nun in einem offenen Brief an die Kultusministerkonferenz [<http://deutscheschulportal.de/content/uploads/2020/04/Offener-Brief-an-die-KMK.pdf>] gerichtet. Er fordert darin die Schulpolitik auf, "Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen bei der Schulöffnung vorrangig zu berücksichtigen".

DIE ZEIT: Die Schulen sollen jetzt Stück für Stück wieder öffnen, angefangen mit den Abschlussklassen. Gemeinsam mit anderen Bildungsforschern schlagen Sie nun Alarm und appellieren in einem offenen Brief an die Kultusminister, den Schwerpunkt woanders zu setzen. Was fordern Sie genau?

Klaus Klemm: Schon jetzt gibt es ausreichend Hinweise darauf, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien zu den größten Verlierern der Corona-Krise gehören. Ihnen fehlt oft nicht nur der fürs Homeschooling nötige Computer oder Internetzugang. Auch die Eltern können den Schülern weniger helfen, insbesondere wenn die Familie zu Hause kein Deutsch spricht. Mit jedem Tag Abstand zur Schule droht diese Bildungsungerechtigkeit weiter zu wachsen. Deshalb fordern wir die Kultusminister auf, diese Kinder und Jugendliche bevorzugt zu unterstützen.



Bildungsforscher Klaus Klemm

ZEIT: Wie soll das passieren?

Klemm: Am wichtigsten wäre es, die Schulen für diese Schüler und Schülerinnen wieder zu öffnen. Denn niemand benötigt die direkte und persönliche Unterstützung ihrer Lehrer so sehr wie sie. In kleinen Gruppen müssen sie in der Schule das lernen, was ihre bessergestellten Mitschüler mithilfe der Eltern zu

Hause erledigen.

ZEIT: Wer soll denn entscheiden, ob ein Schüler besonders hilfsbedürftig ist?

Klemm: Wir würden die Auswahl den Lehrkräften überlassen. Sie kennen ihre Schüler am besten, haben meist einen guten Einblick in die Familien und dürften nach den vergangenen Wochen des Fernunterrichts wissen, wen sie erreicht haben und wen nicht. Wichtig dabei: Es geht um ein zusätzliches Lernangebot für leistungsschwache beziehungsweise sozial benachteiligte Schüler, damit sie in der jetzigen Situation nicht weiter abgehängt werden. Das heißt, die Schüler dürfen wieder zur Schule, müssen es aber nicht.

ZEIT: Also eine Art pädagogische Notbetreuung?

Klemm: Das gibt es ja teilweise schon. Uns geht es weniger um Betreuung als um gezielten Unterricht für Schüler, die mit dem Homeschooling überfordert sind. Das können übrigens auch pubertierende Jugendliche sein, die sich selbst nicht zum Lernen aufrufen können und statt am Computer zu lernen, lieber am Computer daddeln.

ZEIT: Wirkt es nicht diskriminierend, wenn eine Lehrerin – zugespitzt formuliert – Mohammed in die Schule bittet, aber seinen Klassenkamerad Finn-Ole nicht?

Klemm: Das ist eine alte Debatte der Pädagogik: Stelle ich ein Kind bloß, indem ich kenntlich mache, dass es besondere Unterstützung benötigt? Angesichts der massiven Gefahr, dass es Schüler gibt, die wegen der besonderen Umstände kaum die Chance haben, zu Hause überhaupt etwas zu lernen, finde ich das Argument aber vernachlässigbar.

ZEIT: Andererseits geht es ja nicht nur um die Schüler, sondern auch um die Eltern, die – gerade wenn die Kinder jünger sind – zurzeit durchs Homeschooling oft extrem belastet sind. Völlig unabhängig vom sozialen Hintergrund wünschen sich doch fast alle Mütter und Väter, dass ihre Kinder wieder regulär in der Schule gehen.

Klemm: Das stimmt. Andererseits wissen wir aus vielen Studien, dass das deutsche Schulsystem normalerweise eher jene Schüler bevorzugt, die aus bessergestellten Familien stammen. In dem Fall wäre es mal umgekehrt. Wir finden das ist vertretbar, und glauben auch, dass viele Eltern das ebenso sehen.

ZEIT: Sie reden von ausgewählten Schülern, die jetzt besondere Hilfe benötigen, weil sie sozial benachteiligt sind. Wie sieht es mit den sogenannten Brennpunktschulen aus? Dort stammen mitunter hundert Prozent der Schüler und Schülerinnen aus Hartz-IV-Familien?

Klemm: Das ist richtig. Diese Schulen – wie jetzt geplant – nur für einige Altersjahrgänge zu öffnen, nämlich insbesondere für die Abschlussklassen, halten wir für absolut falsch. Das hieße nämlich, dass rund drei Viertel der Schüler erst einmal weiter von zu Hause lernen müssen. Einige Jahrgänge – die ersten und zweiten Klassen, aber auch die fünften, sechsten und siebten – werden in einigen Bundesländern womöglich bis zu den Ferien überhaupt nicht mehr in ihre Klasse zurückkehren. Für ein Kind, das zu Hause nur Türkisch, Arabisch oder Russisch spricht, würde das bedeuten, dass es rund ein halbes Jahr kaum noch in direktem Kontakt mit der deutschen Sprache kommt. Denn auch Sportvereine, die Jugendclubs und die Spielplätze sind ja geschlossen. Da bricht etwas weg, das später kaum noch zu reparieren ist.

ZEIT: Doch alle Schüler zurückzurufen geht auch nicht. Mehr als 10, 15 Kinder passen nun einmal nicht in einen Klassenraum, wenn man die Abstandsregeln einhalten will. Außerdem fehlen die Lehrer, welche die reduzierten Gruppen unterrichten.

Klemm: Da würde ich mir von der Politik etwas mehr Fantasie wünschen. Denkbar wäre es ja zum Beispiel, die Klassen zu teilen. Dann würde die eine Hälfte am Montag und Mittwoch zum Unterricht kommen, die andere am Dienstag und Donnerstag. Den Freitag würde man sich alle 14 Tage teilen. Dies hieße, Präsenzunterricht und Fernunterricht würden sich abwechseln. Die Variante hätte zudem den Vorteil, dass Eltern wenigstens einige Tage in der Woche entlastet wären.

Verpflichtende Sommercamps für leistungsschwache Schüler?

ZEIT: Und die fehlenden Lehrer? Auch in Brennpunktschulen gehört ein nicht ganz kleiner Teil der Lehrerschaft selbst zur Risikogruppe und steht für den



ANONYMER BRIEFKASTEN

Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen die Öffentlichkeit erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. **Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier deponieren.** [<https://meine.zeit.de/briefkasten/>] Die Wahrung Ihrer Anonymität hat für uns dabei höchste Priorität.

ZUM BRIEFKASTEN [[HTTPS://MEINE.ZEIT.DE /BRIEFKASTEN/](https://meine.zeit.de/briefkasten/)]

Präsenzunterricht nicht zur Verfügung.

Klemm: Auch hier braucht es unkonventionelle Lösungen. Es gibt im Moment eine ganze Reihe von pädagogischen Einrichtungen, die geschlossen sind. Dazu gehören etwas Jugendclubs oder Horte. Deren Erzieher und Sozialarbeiter könnte man in den Brennpunktschulen etwa für die Aufgabenbetreuung einsetzen.

ZEIT: Wäre es nicht viel einfacher, den Schülern, die zu Hause keinen Computer haben, einen solchen zur Verfügung zu stellen?

Klemm: Auch das ist denkbar. In Hamburg zum Beispiel dürfen die Schulen ihre Laptops, Tablets oder Computer an ihre Schüler für den Hausgebrauch ausleihen. Und mittelfristig wäre es natürlich sinnvoll, dass der Staat bedürftigen Familien mit Kindern, die keinen Computer haben, ein solches Gerät finanziert, etwa im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets. Ein Computer gehört heute zum Existenzminimum. Das hat die Corona-Krise gezeigt.

ZEIT: Was halten Sie von dem Vorschlag, die Sommerferien fürs Lernen zu nutzen?

Klemm: Der Vorschlag von Wolfgang Schäuble, die Ferien zu kürzen, hat sich als nicht durchsetzbar erwiesen, obwohl ich ihm einiges abgewinnen kann. Viele Familien werden ja ohnehin nicht in den Urlaub fahren können. Deshalb fand ich es etwas schade, wie schnell diese Idee wieder vom Tisch war. In jedem Fall sollten die Bundesländer allen Schülern in den Ferien irgendwelche zusätzlichen Lernangebote machen.

ZEIT: Wie können die aussehen?

Klemm: In den USA, wo die Sommerferien viel länger sind als bei uns, haben sogenannte *Summercamps* seit vielen Jahren Tradition, und zwar nicht um Spiel und Spaß zu haben, sondern auch zum gezielten Lernen. Hier müssen leistungsschwache Schüler teilweise sogar verpflichtend ins Ferienlager ziehen, um Lernlücken zu schließen.

ZEIT: Ein Modell für Deutschland?

Klemm: Nur bedingt. In Deutschland müssen solche Angebote freiwillig und natürlich kostenlos sein. Einige Bundesländer wie etwa Rheinland-Pfalz haben auch schon Erfahrungen mit Feriensprachkursen für Migrantenschüler gemacht. Und in Bremen gab es schon 2004 ein erfolgreiches Forschungsprojekt zu sogenannten Sommercamps. Da haben Grundschüler in den Ferien unter anderem übers Theaterspielen ihre Deutschkenntnisse verbessert. Die Corona-Krise ist für alle eine absolute Ausnahmesituation. Da braucht gerade unser Schulsystem kreative Lösungen.